

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 S., für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Preistaxe: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 S. Colonne resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 S. — Reframe 3-gespalten 1 M 50 S. — Colonne 450 M u. f. w.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung vom 28. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Lucius, v. Scholz, v. Bötticher u. A.

Eingegangen: Gesetzentwurf, betr. Ergänzungen des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz.

Die Tagesordnung führt zunächst zur zweiten Beratung des Entwurfs der landwirtschaftlichen Verwaltungsgesetze.

Die Einnahmen werden ohne Debatte erledigt. Bei den Ausgaben Kap. 99, Tit. 1 (Gehalt des Ministers) bemerkt

Abg. Dr. Wehr (König, nat.-lib.): Die vorjährige Debatte über den Vorschlag der Landwirtschaft ist im Grunde verlaufen. Der Minister für Landwirtschaft und der Finanzminister erkennen zwar

den Vorschlag der Landwirtschaft an, aber dabei blieb es, es ist bis jetzt nichts zur Abhilfe gekommen. Es ist nun doch anerkannt, daß der Vorschlag der Landwirtschaft vorhanden ist, sowohl beim

Großgrundbesitz wie beim kleinen. Ueberall ist die Vertheilung ungleich. Welches sind nun aber die Mittel um Abhilfe zu

schaffen? Sicherlich müssen wir uns zunächst auf das geringste beschränken — wie aus der Finanzminister ge-

zogen hat — Zukunftsprojekte wie der Vorschlag, die Ver-

theiligung der Goldwährung und die Erhöhung der Getreidezölle

zu beschleunigen, sind vorläufig ausgeschlossen; wenn ich auch ein Anhänger

der Verdoppelung der Weizenzölle bin, der nur die Wohlhabenden

treffen würde. Wir verlangen aber von der Regierung, daß sie

für und daselbe thut, wie für Handel, Industrie und Gewerbe.

Der Herr landwirtschaftliche Minister trägt die Schuld, wenn das

nicht geschieht, er hat für die Interessen der Landwirtschaft

schon lange nicht die Energie entfaltet, wie sie für Handel

und Industrie seitens der Regierung gezeigt wird. Die Genossenschaftsprinzipien kann die Landwirtschaft

leider nicht anwenden, um dadurch eine Kräftigung des Standes-

bewusstseins herbeizuführen. Wir sind daran gehindert wegen der

unmöglichen persönlichen Haftbarkeit. Helfen Sie uns also

dieses gesetzliche Hindernis zu beseitigen, dann wird das Genossen-

schafswesen auch auf dem Lande segensreich werden. Es lag dies

ja auch im Sinne von Schulz-Delitzsch, eines Hauptvertreters

Ihrer Richtung.

Ohne auf das landwirtschaftliche Kreditwesen näher einzugehen,

muß ich doch kurz bemerken, unser landwirtschaftlicher Realcredit

bedarf einer Reform, welche die ganze Basis des jetzigen Hypotheken-

wesens ändert. Er darf nur auf unmittelbaren Hypotheken unter

Ausschluß der sogenannten wandelbaren, basiren. Personal-credit

haben wir absolut keinen; die Reichsbank nimmt ungern auch die

sichersten Wechsel, wo nur Wechsel darunter stehen. Wir haben keinen

Zusammenhang, kein Geldinstitut, das uns unabhängig macht,

hier muß die Staatsregierung durch Gesetzgebung Hilfe schaffen.

Wir haben in der Landwirtschaft nicht den Zusammen-

hang wie die Kaufleute und Gewerbetreibenden in den Städten,

nicht die Unterstützung der Presse wie diese. Sehr leicht würde es

uns aber werden, wenn die Staatsregierung die Initiative er-

griffe und unsere Wünsche berücksichtigte. Wir haben ja in den

offiziellen Provinzen in der vor hundert Jahren gesetzgebend ein-

gerichteten Landeshauptstadt in der Provinzialstadt, in welchem die Regierung

in musterhafter Weise und Weisheit schon damals das Ge-

nosenschaftswesen in Anwendung brachte. Es paßt aber nicht

mehr auf unsere jetzigen Verhältnisse.

Weiter bedarf dringend der Verbesserung das jetzige Substanz-

stanz- und Erbschaftsbesitz, durch welches blühende Güter

häufig der Verfallung verfallen und große Summen National-

vermögen verloren gehen. Ich bitte den Herrn Minister also

unser Ego voll und ganz zu würdigen, so viel wie möglich mit

ganzer Energie für unsere Interessen einzutreten und Vorschläge

zur Verbesserung unserer Verhältnisse zu machen. Die Herren Kon-

servativen möchte ich dabei gleichzeitig warnen; Sie spielen ein ge-

fährliches Spiel, wenn Sie Ihrer Wählerchaft ein Blumensträußchen

hinhalten, aus dem noch wie ein Blümlein auf sie herabgefallen ist.

Ich bitte Sie, sich ganz ernst der Sache anzunehmen und nicht

blos theoretische Spielereien zu treiben, sondern auf Mittel wirk-

samer Abhilfe bedacht zu sein (Beifall).

Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius: Der Vorredner hat

mir ein Mißtrauensvotum erteilt und wesentlich mit meinen

manuellen Leistungen die Nothlage der Landwirtschaft erklärt.

Ich kann ihn versichern, daß ich, wenn dies wirklich der Fall wäre,

nicht heute meine Demission einreichen würde. Ein landwirtschaft-

licher Minister ist überhaupt in heutiger Zeit nicht auf Kosten ge-

setzt. Wir befinden uns jetzt einem Nothstande in der Land-

wirtschaft gegenüber, für den das alte, universelle Hilfsmittel über-

haupt nicht existiren. Eine ähnliche andauernde Krise hatten wir

vor 10 bis 20 Jahren. Die Vorwürfe des Vorredners

wären viel begründeter gewesen, wenn er angiebt die

Mittel zur Abhilfe der Nothstände dargelegt hätte. (Sehr

laut! recht.) Solche große Krisen sind Weltknochen-

m Jahre — und dadurch sind Bedürfnisse gedeckt worden, die sonst die Anbringung anderer Steuern erfordert hätten. Die Einführung dieser Zölle hat sich also als eine noch jeder Richtung hin nützliche Maßregel bewährt.

Der Vorredner hat dann allerdings in sehr allgemeinen Zügen ausgeführt, auf welchem Gebiete Staatshilfe erwünscht und zweckmäßig erscheinen könnte. Ich muß aber zu meiner Schande gestehen — ich weiß nicht, ob es andere Hören im Hause ebenso ergangen ist — praktisch greifbare Formulierungen seiner Gedanken habe ich in keinem Punkte sehen können. (Sehr richtig! recht.) Zum Beispiel hat er gesagt, ihm würde eine Verdoppelung des Weizenzölles sehr angenehme erscheinen. Das ist bereits hundert Mal vorher diskutiert worden, hat sich aber immer als unannehmbar gezeigt. Eine Erhöhung der Weizenzölle ist ohne Erhöhung der Roggenzölle nicht denkbar, weil eben ein Unterschied des Weizen- und Roggenpreises nicht möglich ist, also die Differenzierung dieser beiden Zölle zur Vermeidung des Mülleerwerbes, der ganzen Mülleindustrie führen würde, die doch wesentlich zu einer exportirenden geworden ist.

Dann hat der Abgeordnete ausgeführt, er wüßte von Seiten des Staates dieselbe Berücksichtigung der Landwirtschaft wie des Handels und der Industrie und sonstiger Gewerbe. Ich habe mehr als einmal von dieser Stelle aus betont, auf welchem Gebiete der Landwirtschaft diese meiner Ansicht nach eine höhere Rücksicht verdienen, wo sie mit Mitteln aus Staatsfonds bedacht werden müßte. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei Wasserregulierungsfragen die Schiffahrtinteressen oft mehr Bedacht gefunden hätten als die Interessen der Landeskultur und Meliorationen; auf diesem Gebiete sind wir aber nicht untätig gewesen, soweit wir die Mittel dazu hatten. Dann aber muß ich sagen, man soll nicht künstlich einen Gegensatz zwischen Handel und Industrie einerseits und der Landwirtschaft andererseits schaffen. Die Volkswirtschaft einer Nation ist ein Gesamtergebnis. Es kann kein Theil prosperiren ohne günstige Wirkung auf einen anderen Theil. Eine prosperirende Industrie schafft uns eine konsumtionsfähige Bevölkerung. Der beste Konsument für den landwirtschaftlichen Produzenten ist gerade eine blühende Industrie. Ich erinnere mich daran, wie viel in den letzten Jahren gethan ist für die Landwirtschaft durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes und den Bau von Kanälen. Diese Maßregeln sind der Landwirtschaft mindestens in demselben Maße zu Gute gekommen, wie der Industrie. Es sind sogar Eisenbahnen gebaut worden unter schweren Opfern in Gebieten, wo durchaus keine Aussicht ist auf Reute, Vergütung oder gar Amortisation. Die Regierung hatte eben das Wohl des Landes im Ganzen im Auge.

Der Abgeordnete hat dann ausgeführt, es möge deutlich sein, die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunalverbänden zu überlassen, oder mindestens dieselbe nicht als Maßstab bei der Vertheilung der kommunalen Last zu benutzen. Ich habe diese Gedanken mindestens drei, vier Mal hier ausgeführt als das Ziel was ich nicht persönlich verfolge, sondern was das erklärliche Programm der Staatsregierung ist (Sehr richtig! recht). Daß wir hier noch nicht zum Ziele gekommen sind, liegt aber an unseren Finanzverhältnissen, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel können wir hier keinen Schritt weiter kommen bis zu dem Zeitpunkt, daß ergiebige Finanzquellen eröffnet sind. — Der Abg. hat dann hingedeutet auf eine Reform der Stempelsteuer. Ich glaube, man ist auf allen Seiten des Hauses darüber einig, daß unser Stempelsteuergesetz einer Reform bedürftig ist, besonders flagt man über die Höhe des Immobilienstempels. Von fast allen landwirtschaftlichen Vereinen gehen mir Resolutionen in dieser Angelegenheit zu. Ich weiß aber nicht, ob aus den Äußerungen des Vorredners die Möglichkeit entnommen werden kann, mit einer Reform der Stempelsteuer schneller vorzugehen. — Dann hat der Vorredner eine Kräftigung des Standesgefühls der Landwirtschaft vernimmt. Nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen auf diesem Gebiete kann ich dies nicht bestätigen, im Gegenteil, seit 10—15 Jahren hat die Interessentvertretung auf landwirtschaftlichem Gebiete eine große Minderkraft erfahren; wir haben eine solche Fülle von Interessentvertretung auf diesem Gebiete, daß ich meinerseits nicht eine Vergrößerung, sondern vielmehr eine Beschränkung und Konzentration dieser Kräfte befürworten möchte. Die landwirtschaftlichen Vereine floriren eben seit 8 Jahren auf Grund der Reorganisation des Landes-Oekonomik-Kollegiums vom Jahre 1879. Als Aufgabe der Centralstelle betrachte ich es, die Provinzialvereine dadurch zu heben, daß ihre Autonomie respektirt wird. (Sehr richtig! recht.) Die Centralstelle soll nur darauf sehen, daß die Mittel, die der Etat zu Gebote stellt, auch bestimmungsgemäß verwendet werden. Dann hat der Vorredner das große Gebot des Kreditwesens betreten. Er hat sowohl die Befriedigung des Real- wie des Personalkredits als großer Reform bedürftig bezeichnet. Ich kann das nur bedrückt zugeben. Das Befriedigen der Landwirtschaft, die ich für die besten Kreditinstitute halte, ist ein ungemein nützliches im eminentesten Sinne. Diese Kreditinstitute sind zwar Ende der 60er Jahre durch eine vorläufige Staatsaufsicht in ihrer Entwicklung befristet worden, aber mit der Steigerung des Geldbedarfes in den 70er Jahren ist Alles gekommen, um die Landwirtschaft besser in die Lage zu setzen, das Realcreditbedürfnis zu befriedigen. Wir haben uns über diese Frage schon oft unterhalten und die allgemeine Auffassung ging immer dahin, daß der solide Kredit so leicht und billig wie möglich zu beschaffen, die Beliebigkeitsgrenze entsprechend den Verhältnissen in vorläufiger Weise erhöht, je nach den Schwankungen des Geldmarktes auch reduziert, und die Kosten für die Geschäftsführung, sowie die Beiträge für den Amortisationsfonds nach Möglichkeit ebenfalls reduziert werden müssen. Sämtliche Landwirtschaften sind auf diesem Wege bereitwillig vorangegangen und haben ihre Statuten so verändert, daß sie dem jetzigen Realcreditbedürfnis genügen. Bei solchen Statutenveränderungen handelt es sich aber oft um sehr feine und schwierige veränderungswürdige Fragen, da sämtliche landwirtschaftliche Verbände berührt werden und leicht vermögensrechtliche Streitigkeiten von unberechenbarer Tragweite entstehen können. Die Centralbehörde muß deshalb bei der Prüfung solcher Statutenänderungen eine sehr scharfe Wache aufstellen. Einen Vorwurf aber, als ob dagegen immer unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht würden, muß ich als unberechtigt zurückweisen. Im Gegenteil sind wir stets bereit, den Realcredit nach dieser Richtung zu fördern. Allerdings hat der Realcredit der kleinen und kleinsten Besitzer noch nicht die wünschenswerthe Befriedigung gefunden, aber die Landwirtschaften haben sich jetzt dieser Befriedigung eigener Initiative auch angenommen und es können noch erhebliche Fortschritte gemacht werden. Ueber die Befriedigung des Personalkredits haben wir uns erst kürzlich bei der Beratung der Subventionen vorläufig für die rheinische Provinzialbank unterhalten; hierfür müssen bereits vorhandene Organisationen weiter ausgebaut werden. Was die Angriffe des Vorredners gegen die Substanzstanzordnung betrifft, so wird diese gerade den Wünschen der Grundbesitzer gerecht und hat früheren Klagen Abhilfe geschafft. Ich bedrücke mich auf diese Bemerkungen und stelle es dem Urtheil des hohen Hauses anheim, wie weit die Kritik des Herrn Vorredners an meiner Verwaltung gerechtfertigt war. (Beifall.)

Herr v. Erffa-Wernburg (König): Nach den Ausführungen des Abg. Wehr möchte man glauben, daß der landwirtschaftliche Minister und unsere Partei an der Noth der Landwirtschaft Schuld hätten. Er hat aber weder irgend welchen Beweis dafür beibringen können, noch etwas vorschlagen können, womit er der Noth der Landwirtschaft entgegenzutreten will. Wir haben im Gegenteil schon eine erhebliche Anzahl von heilsamen Maßnahmen ergriffen. Das Getreidepreise wieder gesunken sind, ist allerdings auffällig, um so mehr als die vor der Zollherabsetzung eingeführten Vorräthe bereits so ziemlich aufgebraucht sind und der Import zurückgegangen ist. Die Freihändler werden allerdings daraus die Nutzlosigkeit der Zölle folgern wollen, aber das wäre grundfalsch; denn ohne die

Zölle wären die Getreidepreise noch niedriger. Der beste Beweis dafür ist die Thatfache, daß die Getreidepreise im Ausland gerade um den Betrag der Zölle niedriger sind als im Inlande. Was die von dem Abgeordneten Wehr vorgebrachten Einzelheiten betrifft, so wäre es mir ja sehr lieb, wenn die nationalliberale Partei, wie es scheint, der Erhöhung der Getreidezölle nicht günstiger wäre, als früher. (Wiederholte Rufe bei den Nationalliberalen: Nein! Nein!) Das thut mir leid, ebenso wie daß der Herr Minister sich gegen die Erhöhung ausgesprochen hat. Ich für meine Person glaube indes, daß die Erhöhung im Interesse der Landwirtschaft, wie der Staatskassen, von Nutzen wäre. Darüber, daß die beschränkte Haftbarkeit beim Genossenschaftswesen zu erstreben ist, bin ich mit dem Abg. Wehr einverstanden. Nur dadurch können wir dem verdrängten Zwischenhandel entgegenzutreten. Zur Hebung des Realcredits halte ich nach wie vor amertikbare Renten für wünschenswerth. Daß Deutschland nicht in der Lage ist, seinen Getreidebedarf selbst zu decken, ist ein Verbrechen der Menschheitspartei; es wird sich das vielmehr durch intensiveren Betrieb sehr wohl erreichen lassen, wie schon jetzt die deutsche Produktion den Konsum in viel höherem Maße befriedigt als früher. (Beifall! recht.)

Abg. Döhring (König): Ich wünsche endliche Durchführung der Weizenregulierungsprojekte, durch welche ein erheblicher Theil Weizenpreisen in seiner landwirtschaftlichen Entwicklung gefördert und die Sicherheit großer Landstriche und der Schiffahrt gewährleistet werden würde. Die Regulierung ist bisher gescheitert, weil von den Interessenten zu große Opfer verlangt wurden. Ich bitte die Regierung, von zu hohen Zuschüssen der Beisitzenden im Interesse der Regulierung abzusehen und dem Landtage bald eine bezügliche Vorlage zu machen, da es sich um eine Lebensfrage für Weizenpreisen handelt.

Herr v. Erffa-Wernburg (König): Die Regierung hat der Sache unangenehme Aufmerksamkeit zugewendet und die Regulierung ist bisher nur an dem mangelnden Entgegenkommen der Interessenten gescheitert. Die Interessenten wollen nur 4 der Kosten tragen, während die Regierung 3 derselben verlangt. Dieser Standpunkt der Regierung ist vollkommen berechtigt, denn die Regulierung würde vor allem der Ertragsfähigkeit der beteiligten Grundbesitzer zu Gute kommen.

Abg. Herr v. Huene (Centrum): Auf die Anpassungen des Abg. Wehr gegen unsere Partei brauche ich nicht einzugehen; wir werden uns im neuen Reichstage noch auseinandersetzen. Daß wir zum Schutze der Landwirtschaft bereit sind, haben wir bewiesen. Die Angriffe des Abg. Wehr gegen die Regierung waren nach meiner Ansicht unberechtigt, obwohl es bei der Luft, die auch dieses Haus insich hat, nicht Sache meiner Partei sein kann, die Regierung zu vertheidigen. Wenn etwa das bekannte Kartell auch abgeschlossen ist, um den Herrn Minister zu stützen, und das, was der Abg. Wehr gesagt hat, das Programm des zukünftigen landwirtschaftlichen Ministers sein soll und wir damit die Ausführungen des Ministers vergleichen, so meine ich, es ist besser, wir lassen es beim Alten. (Heiterkeit und Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Enneccerus (nat.-lib.): Ich habe vermutet, daß der Abg. von Huene diese Gelegenheit benutzen würde, und etwas anzubringen, und habe deshalb zu reden gegögert, bis er gesprochen haben würde. Der Abg. Wehr ist ja in seinen Zielen mit der konservativen Partei und im Wesentlichen auch mit dem Herrn Minister einverstanden, von einem Angriff des Abg. Wehr auf den Minister kann also nicht die Rede sein. Es war mehr eine Mahnung zu lebhafterer Thätigkeit. (Heiterkeit.) Man kann sich nur freuen, wenn Gleichgesinnte in dieser Beziehung sich gegenseitig antworten. Es war eben eine controversia inter amicos. (Heiterkeit.) Sie werden wohl aus den Worten des Herrn Wehr schmerzlich im Grunde den Schluß ziehen, als ob meine Fraktion die Sachlage für ungünstig und den Zeitpunkt für geeignet gehalten hätte, einen Angriff gegen den Herrn Minister oder dessen Stellung zu vollführen. Der Herr Abgeordnete von Erffa hat die Sache dann so dargestellt, als habe der Abgeordnete Wehr im Namen der nationalliberalen Partei sich für eine erhebliche Steigerung des Getreidezölles ausgesprochen. Die nationalliberale Partei hat seit Langem unentwegt an dem Standpunkte festgehalten, daß wirtschaftliche Fragen nicht zum Parteiprogramm gehören und daß wir darin unseren Mitglieðern freie Hand lassen. Es ist auch unrichtig, verschiedene wirtschaftliche Meinungen zum Gegenstand politischer Fragen zu machen. Man muß zwischen wirtschaftlichen und politischen Ansichten unterscheiden. Es wäre wünschenswerth, wenn alle Parteien diese Fragen trennen würden.

Von den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers war mir vieles aus der Seele gesprochen. Wenn der Abg. Wehr aber mit Recht die Nothwendigkeit der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden hervorgehoben hat, so hat das doch auch gegenwärtig eine gewisse Bedeutung. Der erste Schritt in dieser Beziehung ist durch die lex Huene verbunden worden, obwohl wir die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer oder wenigstens eines Theils derselben forderten. Sie hoffen aber mit der Ueberweisung der Getreidezölle ein besseres Geschäft für die Kommunen zu machen. Damit haben Sie aber Unrecht gehabt, wir haben jedoch wohl gethan, keine allzu großen Uebereminnungen zu machen. Wenn die Zinnsen es gestatten, werden wir darauf zurückzukommen und hoffen, daß dann die lex Huene abgeändert werde. Denn eine ständige Ueberweisung ist für die Finanzen der kleineren Kommunalverbände bei weitem werthvoller, als eine schwankende Ueberweisung, welche zeitweise zu großen Ausgaben verleitet, die dann in Zeiten geringerer Erträge zu Verlegenheiten führen. Ich hoffe, daß das Schlußwort des Herrn v. Huene, als ob das Kartell dahin ginge, den Herrn Minister zu stützen und einen anderen an seine Stelle zu setzen, die gebührende Würdigung im Hause finden wird. (Beifall.)

Abg. Wehr (König, nat.-lib.): Der Herr Abg. v. Erffa hat mich in Bezug auf die Getreidezölle mißverstanden. Ich habe in der Erörterung derselben nicht eine Hauptdebatte gegenüber dem Nothstande der Landwirtschaft gesehen, sondern diese Frage nur nebensächlich behandelt. Der Herr Minister hat mir entgegen, ich hätte nichts Neues gesagt. Das weiß ich ganz allein, und ich wollte auch nichts Neues sagen, wenn man aber fort und fort dieselben Klagen demselben Minister vorbringt und dieselben als notwendig im Interesse der Sache Anerkennung verdienen, so sollen das durchaus nicht vorliegende Angriffe sein. Auch die Meinung des Herrn Abg. von Huene, daß wir aus politischen Gründen den Herrn Landwirtschaftsminister angegriffen hätten, trifft nicht zu. Ich habe nur die landwirtschaftlichen Klagen ohne Berücksichtigung der politischen Interessen vorgebracht.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Ueber das Schicksal des Herrn Landwirtschaftsministers können wir nach den Erörterungen des Herrn Abg. Enneccerus wohl beruhigt sein. (Heiterkeit.) Die Noth der Landwirtschaft läßt sich nicht durch eine große gesetzgebende Maßregel abschaffen, aber Herr v. Erffa sagt mit Recht, daß wir gegen einzelne Uebelstände Mittel anwenden können, und dazu sind auch wir immer bereit. Die jetzige Substanzstanzordnung ist auch von uns immer bekämpft worden.

Der Minister ist eingegangen auf die Broschüre des Herrn Wilbrandt und bezeichnete die Ausführungen derselben überraschend oder seltsam. Er fälschte das Resultat heraus, daß die Getreidezölle die Preise gedrückt haben; er ist aber nicht auf den Gedankengang des Herrn Wilbrandt eingegangen. Herr Wilbrandt ist ein praktischer Landwirt; er ist höchst erwiesenermaßen kammereigentes im Westfälischen und lebt von dem Ertrage der Wirtschaft. Er ist lange Redakteur einer landwirtschaftlichen Zeitung gewesen und genießt

unter seinen Hingegenossen eines großen Ansehens. Er hat sich der in freihändlerischen Kreisen geltend gemachten Ansicht angeschlossen, daß sich der Rückgang aller Preise für die landwirtschaftlichen und industriellen Produkte vollständig aufklären lasse. Seit einem Vierteljahrhundert ist die Produktion auf allen Gebieten riesig gewachsen. Nach einer Berechnung der Dampftraktoren des Direktors Engel hat jeder Mensch drei Dampftraktoren zur Verfügung. In Folge besserer Kultur wird mehr gebaut und es werden höhere Erträge erzielt. Der Mensch kann kräftigere Nahrungsmittel zu sich nehmen, als früher, und die Ausdehnung des Verkehrs hat dahin geführt, daß Produkte der fernsten Landestheile, z. B. der Kaffee, ein Bedürfnis des Volkes geworden sind. So hat sich der Konsum und die Produktion gesteigert, und nun ist der Augenblick eingetreten, wo die Steigerung des Konsums der fortwährenden Vermehrung der Produktion nicht mehr folgen kann. Es muß die Frage: wie steigern wir unsere Produktion? zurücktreten hinter die andere Frage: wie steigern wir unsere Konsumtion? Die Konsumtion läßt sich nur dadurch fördern, daß die Lebenshaltung der breiten Massen gefördert wird. Gerade die Getreidepreise haben die Konsumtionsfähigkeit dieser breiten Massen vermindert. Sie haben den Erfolg gehabt, daß die Produktion nicht in der Weise sich gesteigert hat, wie bei freiem Spielraum es der Fall gewesen wäre. Das hat Herr Windthorst ausgeführt und das ist auch unsere Stellung zur Sache. Im übrigen will ich den Ton der Debatte nicht stören und beschränke mich daher auf diese Bemerkungen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst (Centrum): Der Antritt des Abg. Meier gegen den Minister war nach meinem Dafürhalten recht scharf (Sehr wahr! im Centrum) und mehr als eine bloße Anregung. Die Darlegungen des Herrn Ministers waren durchaus rationell, und ich hoffe, daß jener Angriff wirkungslos bleiben wird. Von anderer Seite her wäre es so wie so gewesen, aber von Seiten der leitenden Partei (Heiterkeit) war er doch beheblich. Fraktionszwang ist nun meiner Ansicht durchaus unvernünftig (Heiterkeit und Zustimmung), man kann Niemand von Parteistimmen zur Verleugnung seiner Überzeugung zwingen. So hat es meine Partei immer gehalten auch in wirtschaftlichen Fragen. Wir befehlen uns nur gegenseitig. Bei dem Kartell werden nun wohl die Nationalliberalen Geschäfte machen, aber meine Nachbarn von rechts werden Kagenjammer bekommen. (Heiterkeit.) Haben Sie erst die Herren im Reichstage auf die Stühle vergangener Herrlichkeit gehoben, dann werden die Nationalliberalen nicht mehr so ganz sein, wie jetzt. In sozialen Fragen besonders wird sich der alte Gegensatz zwischen uns und der Rechten einerseits und den Nationalliberalen andererseits wieder zeigen. Und da werden Sie uns trotz Ihrer Abtönung als die alten wieder finden. Die Herren haben gar keine sachliche Verbindung, kein Programm, ihre Vereinigung besteht einfach aus einer gemeinsamen Gegnerschaft gegenüber uns. Das Septennat ist gar nicht mehr die Hauptsache. (Ob! rechts und bei den Nationalliberalen.) Sehr wahr! links und im Centrum.) Es handelt sich um ganz andere Dinge, auf die ich heute nicht zurückkomme. Sie sind zusammengelaufen gegen uns. Wohl bekannt's Jh. (Große Heiterkeit.) Ich freue mich, daß die Worte des Herrn Meier uns Gelegenheit gegeben haben, daß wir uns die neuen Väter unter diesen neuen Kappen recht haben ansehen können. (Heiterkeit.)

Abg. v. Gnepp (nat.-lib.): Es war voranzusehen, daß die Rede meines Gegners Kollegen Meier den Nachrednern, den Herren Meier und Windthorst, Gelegenheit zu mancherlei erheiternden Behauptungen geben würde, daß dies aber so weit gehen würde, daß Herr Windthorst Ihnen Mitteilungen über die Organisation unserer Fraktion und daß wir einen Fraktionszwang haben, machen würde, hatte ich nicht erwartet. Es freut mich außerordentlich, daß er sich auch darüber so gut, wie in allen anderen Dingen unterrichtet gezeigt hat. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Wir sind genau so organisiert wie die Centrumsfraktion nach den Versicherungen des Herrn Abgeordneten Windthorst, denn ich muß doch glauben, was er sagt. (Heiterkeit.) Auch wir wollen uns gegenseitig befehlen, und ich muß gestehen, daß die Rede meines Kollegen Meier sehr dazu beigetragen hat, uns zu befehlen. Er hat Gesichtspunkte aufgestellt, die mir und meinen politischen Freunden absolut neu waren und die wir deshalb mit gebührender Beachtung behandeln müssen. Aber ich glaube, daß diese Ansichten des Herrn Meier in ihrer Wirkung auf uns noch nicht so weit gediehen sind, daß unsere Fraktion in ihren Entschlüssen sich davon nicht beeinflussen lassen. Wenn ich die Rede mit einiger Freude begrüßt habe, so geschah dies darum, weil ich dem Herrn landwirtschaftlichen Minister Gelegenheit gegeben hat, sein gegenwärtiges und zukünftiges Programm zu entwickeln, und, wenn ich Klammern meiner politischen Freunde allgemeiner reden darf, so glaube ich, daß die Ausführungen des Herrn Ministers der Zustimmung und Sympathie der Freunde des Herrn Meier mehr zuzugewandt, als die Ausführungen des verehrten Herrn Kollegen. Wenn diese Ausführungen von mir und meinen politischen Freunden nicht dazu benutzt werden, um nun ein Vertrauensvotum des Hauses hervorzuheben, so geschieht dies deshalb, weil ich der Überzeugung bin, daß das in den Worten des Kollegen Meier gelegene Mißtrauensvotum dem Minister eine schlaflose Nacht nicht bereiten wird. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wenn einmal der „kommende Mann“, wie ihn die „Kreuzzeitung“ nennt, da sein wird und die leitende und führende Fraktion, wie sie Abg. Windthorst nennt, auch die Besetzung verschiedener Ministerposten zu bestimmen hat, dann habe ich die feste Überzeugung, wird von unserer Seite als Erläuterung für den Minister Lucius der Abgeordnete Meier nicht vorgeschlagen werden. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Sehr wahr! Auch der Inhalt der Ausführungen des Herrn Abg. Meier hat meine Sympathien hervorgerufen, weil er an die konservativen Freunde, mit denen wir in sehr erfreulichen Kartellverträge stehen — was den Herrn Abg. Windthorst fortgesetzt schmerzt (Abg. Windthorst: Nein, gar nicht! große Heiterkeit.) — einen Appell gerichtet hat, mit praktischen Vorschlägen für die Landwirtschaft herbeizutreten. Werden Sie dieses thun, so werden Sie auf unser volles Entgegenkommen und Verständnis rechnen können. Ich glaube, daß ich mit diesen Versicherungen den Zwischenfall, der eigentlich ganz unvorbereitet an das Haus kam und mich und meine politischen Freunde überrascht hat, für erledigt halten kann.

Abg. Wessell (frei): Kommt auf die Frage der Reichsregierung zurück. Die Interessenten zeigten durchaus nicht so wenig Entgegenkommen, als der Regierungskommissar dargestellt habe; man stelle eben zu hohe Anforderungen an die Interessenten.

Geheimrath Rehner verteidigt nochmals den Standpunkt der Regierung.

Abg. von Gerlach (Gardelegen, kons.): Der Abg. Windthorst hat das Kartell verurteilt. Ich bin immer ein Gegner des Kulturkampfes gewesen. Aber ich muß die Stellung des Centrums zu den Freisinnigen kennzeichnen. Das Centrum fügt sich auf die Autorität, die Freisinnigen auf die Verneinung derselben. Wie ich also die unaufrichtige Ehe zwischen denselben zu erklären? Ich glaube, wir müssen im Centrum unterscheiden zwischen den Altpreußen und denen, die erst 1866 Preußen geworden sind. Vor allem ist dem Abg. Windthorst der Sinn für preussische Werte noch nicht aufgegangen. Unter Stolz ist einmal das Heer, ihm gönnen wir alles. Abg. Windthorst sagt nun, er wolle alles auf drei Jahre bewilligen. Warum? Um nach drei Jahren von neuem prüfen zu können. (Rufe: Zur Sache!) Was der Verstand des verständigen Abg. Windthorst nicht sieht, das sagt ihm in Einfall ein preussisches Gemüth. Wenn der Graf Moltke sagt, wir müssen auf sieben Jahre die Bewilligung haben, so glaube ich ihm und nicht dem Abg. Windthorst. Wiederholte Ausrufe: Zur Sache! In kürzester Zeit lassen sich die Truppen eben nicht ausbilden.

Vizepräsident von Seemann ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben und sich nicht in die Details einer nicht zur Berathung stehenden Frage einzulassen.

Abg. von Gerlach (fortfahrend): Ich komme zur Sache und werde mich nur noch in Allgemeinheiten bewegen. (Große Heiterkeit.) Die Freisinnigen kämpfen mit vergifteten Waffen, was völlerrechtlich nicht erlaubt ist, und das Centrum benutzt die Waffen der Freisinnigen. Das ist aber gegen sein Auktoritätsprinzip. Wir dagegen verstoßen nicht gegen unsere Prinzipien, wir wollen nur die Nationalliberalen verlocken (Heiterkeit), für das Septennat einzutreten. (Rufe: Zur Sache!) Ich komme nun zur Sache und beantrage, das Gebot des Herrn Ministers für Landwirtschaft zu bewilligen. (Große Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Dr. Meier (Breslau): Der Abg. v. Gerlach meinte, wir kämpften mit vergifteten Waffen. Wir verlocken Niemand, wir haben kein Kartell mit dem Centrum, sondern sind nur durch die Macht der Ereignisse dazu gedrängt, in einer bestimmten Frage mit dem Centrum zu gehen. Wir geben dabei die Differenzen nicht auf, die uns trennen, während Herr von Gnepp erklärte, seine Partei sei bereit, allen agrarischen Wünschen entgegenzukommen. Nun, dazu gehören auch die Sonderinteressen der Brenner. Wenn man da weiter geht, ist der Uebergang zu den Monopolen leicht.

Abg. Dr. Windthorst: Wir haben mit den Freisinnigen kein Bündnis, wir haben weder ein gemeinschaftliches Programm, noch versuchen wir die Freisinnigen zu unserem Programm zu verlocken. Möglich ist nur, daß wir im Einzelfall bei den Wahlen den Freisinnigen hilfreiche Hand bieten, wo wir keine Aussicht haben. (Ab! rechts.) Wenn die Freisinnigen das auch thäten, wären wir zufrieden. Bis jetzt haben wir davon leider nichts gemerkt. Diesmal müssen wir gegen die Konservativen kämpfen, weil die Wähler nicht für Leute stimmen, die sich gegen die Regierung verbündet haben. Es handelt sich doch nur darum, eine Mehrheit für den Fürsten Bismarck zu schaffen, die alles thut, was er will. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Wir müssen jetzt für den Freisinn trotz dieser Verschiedenheit eintreten, weil wir einem Bunde unaufrichtiger Kinder gegenüberstehen. (Lärm rechts.) Sie thun alle, was Fürst Bismarck will. Wenn er Sie auffordert in einen Bann zu springen, dann thun Sie's. Wenn er mich dazu auffordert, so sehe ich erst, wie tief er ist. (Heiterkeit.) Sie wollen die Nationalliberalen verlocken. Aber es kommt oft so, daß die, die verlocken wollen, die Verlockten sind. Wir werden die Autorität stets unterstützen, aber nicht alles für Autorität halten, was ein preussisches Ministerium dafür erklärt. Herrn v. Gerlach erwidere ich, daß wir keine preussische, sondern eine deutsche Armee haben, und unsere Sympathie für diese ist groß, weil wir wissen, daß wir ihr allein die Erhaltung des Wohls des Vaterlandes verdanken. Wir machen es uns für Pflicht, ihr alles zu geben, was sie bedarf. Ich sage dies, auch ohne Anstrengung zu sein. Rücksichtlich der konstitutionellen Frage erinnere ich an die einjährige Bewilligung in Frankreich, England und Oesterreich. Sollte man nun in Gardelegen das besser wissen? (Heiterkeit.) Ich bin nun auch überzeugt, daß es eine ganze Reihe preussischer Generale giebt, die das für vollkommen ausreichend halten, was wir bewilligt haben. (Auf rechts: Namen nennen!)

Abg. von Gnepp: Ich will mich nicht in die Frage einmischen, wo höhere militärische Einsicht vorhanden ist in Gardelegen oder in Meppen. (Heiterkeit) und nur dem Abg. Dr. Meier ein Wort entgegen. Er hat aus meinen Ausführungen gefolgert, daß die ganze nationalliberale Partei in das agrarische Jagdwasser eingeklinkt sei und dem Interesse der Brenner folgen werde. Ich habe aber nur bemerkt, daß, wenn die Agrarier zur Aufhebung der Lage Vorschläge machen würden, diese von meinen Freunden wohlwollend entgegenzunehmen werden würden. Diese Erklärung haben wir zu wiederholten Malen abgegeben; sie ist nichts Neues und der Abgeordnete Dr. Meier hat keine Veranlassung, daraus Folgerungen zu ziehen, die in keiner Weise zutreffend sind.

Abg. v. Manteuffel (Kons.): Der Abg. Windthorst hat wohl aus den Worten des Herrn v. Gerlach herausgehört, wie tief sein Verhalten und Konfession verlegt hat. Herr Windthorst sprach von einem Bunde unaufrichtiger Kinder. Wir haben uns aber nur verbündet mit den Nationalliberalen aus großen nationalen Gesichtspunkten im Interesse der Erhaltung der Armee. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Sie dagegen haben eine unaufrichtige Ehe eingegangen, da Ihre Prinzipien ganz verschiedene sind. Wenn wir mit dem Fürsten Bismarck gehen, so ist das kein Vorwurf für uns. Wenn Herr Windthorst sagte, eine Menge preussischer Generale gingen mit ihm, so muß ich dagegen feierlich protestieren. (Unruhe links und im Centrum, Beifall rechts.) Ihr Wind mit dem Fortschritt, der „Vorfrucht der Sozialdemokratie“, ist eine Untergründung der Sozialdemokratie. Sie vom Centrum werden uns und sich immer mehr verbinden, wenn Sie auf der Bahn weitergehen. Fragen Sie doch die Katholiken an der Grenze, ob sie mit der von Ihnen gewünschten Einschüßung der Armee einverstanden sind. (Lärm im Centrum.) Ich möchte doch Herrn Windthorst bitten, seinen jetzigen Standpunkt zu verlocken, sonst gelangt das Centrum dazu, noch alle Autorität zu erschüttern, für die es bisher eingetreten ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Gerlach (Gardelegen): Der Geist der deutschen Armee ist auch in der preussischen zu finden. Ob größere militärische Kenntnisse in Meppen oder Gardelegen ist, ist gleichgültig. Die höchste Autorität bei uns ist doch der Feldmarschall Graf Moltke in diesen Dingen.

Abg. Dr. Langenhans (freisinnig): Zu so wichtigen Fragen sollte jeder nach seiner Überzeugung stimmen, ohne Rücksicht auf Wahlbündnisse. Die Debatte hier im Hause werden nicht dazu beitragen, diese hochwichtige Sache zu fördern. Wir wollten nicht thun als eingehend prüfen. Und wenn Sie uns angreifen, so ist es unrecht, uns Leiden und Motive unterzuschieben, die wir gar nicht gehabt haben. (Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst: Sollte man es wirklich für möglich halten, daß sich der Freisinn, zu dem so viele Kulturkämpfer gehören, mit uns vereinigte, um eine Handhabe in der Kirchenpolitik zu haben? In Betreff der drei Jahre lag es und völlig fern, auf kirchliche Fragen Rücksicht zu nehmen. Wir sind dankbar für Alles, was die Konservativen in Bezug auf die Kirche getan haben, aber ich kann nicht zugeben, daß es viel war. Sie sind nur der Regierung gefolgt (Sehr wahr! im Centrum). Unser Standpunkt zur Militärvergrößerung ist der Ausdruck der Stimmung einer großen Schicht der Bevölkerung. (Widerspruch rechts.) Nun, wir werden es sehen, Animosität gegen die Armee liegt und vollkommen fern. Mit der Bewilligung auf drei Jahre, habe ich gesagt, sind selbst preussische Generale der Meinung, daß auszureichen sei. Ich erinnere nochmal an die einjährigen Bewilligungen in den Militärsachen Italien, Frankreich, Oesterreich, an die Verhältnisse in unserer Marine und bei den Eisenbahntuppen. Ich wiederhole, das Septennat wird zum Vorwand genommen, um endlich eine Majorität zu schaffen, die Alles gut heißt, was Fürst Bismarck will. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. Dr. Enneccerus: Der Abg. Windthorst hat heute eine neue Legende aufgebracht, die vom absohten Regiment mit konstitutioneller Verbrüderung. Aber die betheiligten Parteien haben nichts desto weniger, daß sie das Wahlbündnis nur für diese Frage geschlossen haben, bei allen anderen Abstimmlungen aber sich vollständig freie Hand behalten. Der Abg. Windthorst hat dann auf andere Nationen hingewiesen, bei denen überall einjährige Bewilligungen stattgefunden. Aber wenn wir sehen, wie z. B. in den Westten fast ohne Debatte die militärischen Forderungen angenommen werden, während bei uns im Reichstage an allen herumgemäkelt wird, müssen wir uns wohl schämen. Daß preussische Generale sich für das Triennat ausgesprochen hätten, wie Abg. Windthorst behauptet, ist schwer zu glauben, so lange nicht bestimmte Namen genannt werden. Aus den Anzügen des Abg. Windthorst und seinen Prothegeungen über das schlechte Wahlgeschick für die Konservativen werden diese sich wohl eben so wenig machen, als wir aus den Behauptungen der Freisinnigen, daß wir nun von den Konservativen ganz ausgeklammert werden würden. (Beifall.)

Der Titel wird bewilligt, ebenso das Kapitel und die folgenden.

Zu Kap. 103 Tit. 1 (Lithographische und Verlagsanstalt) fragt Abg. Schläger (N.), wie es mit der Reorganisation der Lithographischen Anstalt (N.) steht. Eine solche Reorganisation sei notwendig und es sei eine Deputation zur Prüfung der Frage vom Ministerium eingesetzt worden; doch habe man noch kein festes Resultat vernommen. Redner hält vor allem einen Ersatz des jetzigen Direktorsystems durch das System des wechselnden Direktors für notwendig.

Minister Dr. Lucius: Die ruhige Behandlung dieser Frage

ist im vergangenen Jahre wesentlich beeinträchtigt worden durch die Agitationen der Fachpresse und die maßlose Ueberhebung der betreffenden Kreise. Die Frage hat nicht gerührt. Seit dem Ableben des letzten Direktors, einer vorzüglichen Kraft, ist eine Deputation zur Prüfung der Rektorsfrage eingesetzt worden. Sie hat ein Gutachten abgegeben, welches noch Gegenstand der Erwägung ist. Der Etat wird aber durch das Ergebnis derselben nicht berührt. Das Gutachten der Rektorsdeputation ist im Wesentlichen folgendes. An allen deutschen Thierarzneischulen herrscht das Direktorsystem, wie es bei den kleinen Anstalten auch natürlich ist. Das Rektorsystem konnte nur bei der größten Anstalt, der Berliner, in Frage kommen. Das Gutachten empfiehlt nun zwar zum Rektorsystem für Berlin überzugehen, aber in der Art, daß die Bestallung des Rektors durch Ernennung und folglich für mehrere Jahre erfolge. Ich bin noch zu keinem abschließenden Resultat gekommen, das wird aber demnächst geschehen. Jedenfalls ist aber, was für Berlin sich eignet, nicht auch für die kleineren Anstalten mit wenigen Lehrern passend, auch nicht für Hannover. Es soll das eine Warnung für die Lehrer in Hannover sein, von ihrer verderblichen Agitation abzulassen. — Das Thierarzneiwesen ist, wie ich noch bemerken will, in letzter Zeit bedeutend gehoben worden, und ich halte es nicht für richtig, jetzt mit neuen Anforderungen zu kommen. Auch die Unterrichtspläne sind seit ihrer letzten Reform vollkommen genügend. Die wissenschaftliche und soziale Stellung der Thierärzte ist ebenfalls in den letzten Jahren gehoben worden, man darf aber hierin nicht zu weit gehen wollen. Wegen der Bezeichnung der Anstalten als Hochschule oder Akademie habe ich nichts, möchte aber vor Ueberhebungen warnen.

Abg. Dr. Schläger bittet den Minister, nicht aus Mißgunst gegen das, was er verderbliche Agitation nennt, sich gegen die geordneten Forderungen der Herren zu verschließen. Daß wissenschaftlich auf gleicher Stufe stehende Leute auch selbst einen primus inter pares als Leiter ihrer Geschäfte wählen wollten, sei doch wohl gerechtfertigt, und gerade die Agitationen zeigten, daß hier ein wunder Punkt vorliege.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die folgenden.

Zu Kap. 105 (Förderung der Fischerei) Tit. 6 (zu vermischten Ausgaben) spricht

Abg. Dr. Schöthaus seine Freude über die Konvention mit Holland bezüglich der Badischeersee aus. Während aber bei uns auf Strengte die Innehaltung der Konvention beauftragt werde, werde sie von holländischen Fischern sehr häufig verletzt. Redner hofft, daß die holländische Regierung auf die Innehaltung der Konvention fortan ein maßvolles Auge haben werde.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Tit. 8 (Zur Erhebung der Fischerei überhaup) bringt Abg. Mooren (Centr.) die Verunreinigung der öffentlichen Gewässer durch industrielle Anlagen zur Sprache. In manchen Gegenden des Regierungsbezirks Düsseldorf befinde sich in den Gewässern kein Gräben mehr. Redner bittet die Regierung um Abhilfe.

Minister Dr. Lucius: Die Beseitigung des gerügten Uebelsandes ist außerordentlich schwierig, da wir auf die Industrie Rücksicht nehmen müssen, welche vielfach ohne die Entschärfung in die öffentlichen Gewässer ganz unumgänglich gemacht werden würde. Jedoch behalten wir die Frage unangeführt im Auge. — Was die Badischeersee betrifft, so besteht sie, meine ich, erst viel zu kurze Zeit, als daß wir über ihren Erfolg urtheilen könnten. Die preussische Regierung ist reichlich bemüht, die Innehaltung der Konvention zu überwachen, und es ist mir keine Klage darüber bekannt geworden, daß die holländische Regierung es an Conalität fehlen lasse.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der ordentlichen Ausgaben.

Von den einmaligen Ausgaben wird Tit. 4 (zur Förderung gemeinschaftlicher und kommunaler Flußprojektionen) an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte bewilligt, ebenso der Etat der Geschäftsverwaltung.

Darauf verlag das Haus die weitere Berathung auf Montag 11 Uhr. (Ruf: Der direkte Steuern des Ministeriums für Handel und Gewerbe; des Finanzministeriums und der Justizverwaltung.) Schluß 4 Uhr.

Nützliche Nachrichten.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Regierungsrath Erdmann in Sigmarungen zum Stellvertreter des Regierungsrathspräsidenten im Bezirksamt Schöppingen und gleichzeitig zum Stellvertreter des ersten und des zweiten Mitgliedes dieser Behörde auf die Dauer seines Hauptamtes am Sitz des bezirksamtlichen Bezirksamts Schöppingen zu ernennen; und dem Kaufmann Friedrich Lehmann in Frankfurt a. M., das Prädikat eines kaiserlichen Hoflieferanten zu verleihen.

Ihre Majestät die Königin haben Allergnädigst geruht: den Handelsgärtner und Baumkulturbesitzer Heinrich und Nikolaus Gieseweyer, Inhabern der Firma „Gebrüder Gieseweyer“ in Bodenheim bei Frankfurt a. M., das Prädikat als Hoflieferanten Allerhöchsterseits zu verleihen.

Den Oberlehrern Dr. Theodor Hebert am Gymnasium zu Krefeld, Dr. Joseph Wisse am Kaiser Karls-Gymnasium zu Aachen, Dr. Friedrich Nehrs am Gymnasium zu Bielefeld, Dr. Albert Solkan am Realgymnasium zu Krefeld, Robert Stein am Gymnasium an Margellen zu Köln und Dr. Ernst Adolph am Gymnasium zu Elberfeld ist das Prädikat Professor beigelegt worden. Dem ordentlichen Lehrer am Real-Gymnasium in Kulm, Albert Wittke, ist der Titel Oberlehrer beigelegt worden.

Der Notar Böh in Bonn ist in den Landgerichtsbezirk Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aldenhoven, versetzt, der Gerichts-Professor Heinrich Hubert Schmitz in Mülheim a. Rh. zum Notar für den Bezirk des Landgerichts zu Trier, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bonn, und der Rechtsanwalt Lenze in Vorbeck zum Notar für den Bezirk des Ober-Landgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Vorbeck, ernannt worden.

Neueste Nachrichten.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses wird, dem Vernehmen nach, am 14. Februar stattfinden.

— Sicherem Vernehmen nach ist, laut Mittheilung der „Post“, von Allerhöchster Stelle gestern verschiedentlich hinsichtlich der demnächstigen Einberufung von 72 000 Mann Reserve mit dem Hinzufügen Mittheilung gemacht, daß die Einberufung die Einübung in dem Gebrauch des neuen Gewehres bezwecke. Auch die „N. Pr. Ztg.“ bemerkt: „Wenn hier und da von der bevorstehenden Einberufung einer gewissen Anzahl von Reservisten die Rede ist, so darf dies nicht im besorglichen Sinne aufgefaßt werden. Es wird sich vermutlich darum handeln, die Mannschaften im Gebrauch des Repetiergewehrs zu unterweisen.“

Die Meldung dieser Einberufung der Reservisten ist übrigens bereits vor einigen Monaten bekannt geworden. Ein demnächstiges Moment kann also hierin in keiner Weise gefunden werden.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station in Berlin. Im Monat Januar 1887.

Stunde.	Bar.-Stand in mm. red. auf 0° C.	Therm. Stand in Grad. Cels.	Windrichtung und Stärke in Grad. Cels.	Wasserstand in Grad. Cels.	Wasserstand in Grad. Cels.	Wasserstand in Grad. Cels.	Wasserstand in Grad. Cels.
27. 9 Ubrs.	768,8	5,2	SW	22	8	78	0,5
28. 7 Ubrs.	768,8	1,0	W	1	5	89	6,9
29. 2 Nachm.	767,7	4,8	WSW	1	4	70	5,1

Niederschlag: Regen.

Verantwortliche Redakteure: F. Bernburg in Berlin.

Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. C. Rohrer in Berlin.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. J. Salomon in Berlin.